



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Umwelt, Klima und
Energie -

Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 18. März 2025

Vorlagen-Nr. 25-F-55-0001

Fluglärmgutachten Airfield Erbenheim präsentieren - Antrag der Fraktion Die Linke vom 11.03.2025 -

Die in der Presseerklärung der LH Wiesbaden vom 14. Februar 2025 enthaltenen Informationen sollen die Essenz für das der LHW vorliegenden Fluglärmgutachten des militärischen Flugplatzes Wiesbaden-Erbenheim (Airfield Erbenheim) darstellen. Dieses Gutachten ist von zentraler Bedeutung für die städtebauliche Planung des Ostfelds, da sie aufzeigen, in welchen Gebieten eine künftige Wohnbebauung aufgrund der zu erwartenden Lärmbelastung ausgeschlossen werden muss und wo präventive Schutzmaßnahmen erforderlich sind.

Eine detaillierte Vorstellung der Ergebnisse durch den Magistrat im Umweltausschuss ist daher unabdingbar, um eine transparente und fundierte Entscheidungsbasis zu schaffen. So wird gewährleistet, dass alle Ausschussmitglieder umfassend informiert und in der Lage sind, die weiteren Planungsmaßnahmen im Sinne eines effektiven Lärmschutzes zu diskutieren.

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

die Ergebnisse der Fluglärmrechnung für den militärischen Flugplatz Wiesbaden-Erbenheim im Rahmen einer Sitzung des Umweltausschusses vorzustellen. Dabei sollen insbesondere folgende Punkte erläutert werden:

1. **Siedlungsbeschränkungsgebiet:** Darstellung der festgelegten Bereiche, in denen aufgrund der prognostizierten Lärmbelastung eine Wohnbebauung ausgeschlossen ist.
2. **Erweitertes Vorsorgegebiet:** Informationen zu den Gebieten, in denen planerische oder bauliche Maßnahmen zum Schutz vor Fluglärm erforderlich sind.
3. **Auswirkungen auf die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Ostfeld:** Analyse, in welchem Umfang das geplante Stadtquartier von den festgelegten Gebieten betroffen ist und welche Anpassungen in der Planung notwendig sind.

Beschluss Nr. 0021

Der Antrag wird auf die nächste Sitzung am 06.05.2025 verschoben.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2025

Konstanze Küpper
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .03.2025

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .04.2025

Dezernat I
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister